

Meike Neuhaus *Hrsg.*

Klimaverantwortung

Gesellschaftsaufgabe und
Bildungsauftrag

Klimaverantwortung

Meike Neuhaus
(Hrsg.)

Klimaverantwortung

Gesellschaftsaufgabe und
Bildungsauftrag

 Springer VS

Hrsg.
Meike Neuhaus
Institut für Philosophie und
Politikwissenschaft
Technische Universität Dortmund
Dortmund, Deutschland

ISBN 978-3-658-43790-9 ISBN 978-3-658-43791-6 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-43791-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2024

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Frank Schindler
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Das Papier dieses Produkts ist recycelbar.

Vorwort

Die gegenwärtige globale Klimakrise manifestiert sich als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – mit gravierenden Auswirkungen auf Ökosysteme, Wirtschaft und soziokulturelle Strukturen. Als facettenreiches, interdisziplinäres Problem erfordert der Klimawandel eine umfassende gesellschaftliche Sensibilisierung und Verantwortungsübernahme. Klimaverantwortung impliziert die individuelle und kollektive Verantwortlichkeit eines jeden Gesellschaftsmitglieds sowie sämtlicher Organisationen zur Implementierung von Maßnahmen, die eine Verlangsamung des Klimawandels bewirken, dessen Auswirkungen abmildern und eine nachhaltige, ökologisch ausgewogene Zukunft begünstigen. Dieser Verantwortungskomplex bezieht sich auf das Bewusstsein für die anthropogenen Einflüsse auf das Klima, insbesondere im Hinblick auf die Emission von Treibhausgasen.

Klimaverantwortung umfasst daher die Anerkennung des Erfordernisses, sowohl den individuellen als auch kollektiven ökologischen Einfluss zu reduzieren, energetische Effizienz zu steigern, den Einsatz erneuerbarer Energien zu fördern, Abfall zu minimieren und nachhaltige Konsumpraktiken zu etablieren. Zudem beinhaltet sie die (Weiter-)entwicklung von Umweltbewusstsein und nachhaltigem Verhalten in allen Sphären des menschlichen Lebens, angefangen bei persönlichen Entscheidungen bis hin zu unternehmerischen Praktiken und politischen Leitlinien, zu denen beispielsweise die 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs) zählen, die von den Vereinten Nationen vereinbart wurden, um eine nachhaltige globale Entwicklung zu fördern.

Für die Erreichung der Ziele in Bezug auf Klimaverantwortung spielt Bildung eine zentrale Rolle, da sie als Plattform fungiert, um das Bewusstsein für den Klimawandel zu intensivieren, wissenschaftliche Erkenntnisse zu vermitteln und individuelle Handlungen zu inspirieren. Die Integration des Klimawandels

sowie der daraus resultierenden Frage nach Verantwortungsübernahme in den Schulunterricht ist unerlässlich, da sie Schülerinnen und Schülern ein tiefgehendes Verständnis für die Ursachen, Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten der Klimakrise ermöglicht. Der *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), auch als *Weltklimarat* bezeichnet, liefert dabei wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse, die als Grundlage für eine *Bildung für nachhaltige Entwicklung* (BNE) dienen, um die Gesellschaft zu informieren und zu mobilisieren, damit sie wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels ergreift.

Dieser Sammelband widmet sich unterschiedlichen Fragestellungen rund um Klimaverantwortung aus einer inter- und transdisziplinären Perspektive. Er umfasst fachwissenschaftliche Beiträge sowohl aus der Philosophie als auch aus der Religionspädagogik. Darüber hinaus sind Beiträge aus der theoretischen Philosophiedidaktik enthalten, die um praxisorientierte Aspekte des Unterrichts ergänzt werden. Akteur*innen aus der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung sowie der schulischen Praxis liefern Einblicke und Erfahrungen, auch durch überfachliche Perspektiven der Bildungswissenschaften. Eine wichtige Rolle spielt ebenfalls die institutionelle Verankerung von Nachhaltigkeitsstrategien, die eine ganzheitliche Übernahme von Klimaverantwortung ins Zentrum ihrer Überlegungen rückt.

Saša Josifović liefert in seinem Beitrag zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung der Umweltethik sowie eine systematische Einordnung unterschiedlicher umweltethischer Positionen. Als Kern des jüngeren philosophischen Diskurses zur *Klimaethik* identifiziert er Gerechtigkeitsfragen, die nicht nur mit Blick auf die globalen Auswirkungen des Klimawandels eine Rolle spielen, sondern auch die Perspektive zukünftiger Generationen miteinschließen müssen. Aus Immanuel Kants Theorie der moralischen Selbst- und Fremdverpflichtung leitet Josifović schließlich die moralische Verpflichtung aller Individuen und Gruppen ab, sämtliche geeigneten und in ihrer Macht stehenden Mittel zum Klimaschutz zu ergreifen, zu denen in Bezug auf Gerechtigkeitsfragen möglicherweise auch der internationale Emissionshandel zählen könnte.

Dieter Birnbacher setzt sich in seinem Text mit Fragen der Zukunftsethik auseinander und plädiert in diesem Zusammenhang für eine konsequenzialistische Perspektive. Obwohl auf den ersten Blick vieles dafürspricht, Klimaverantwortung primär Staaten und großen, weltweit agierenden Konzernen zuzuschreiben, dürfen Birnbacher zufolge individuelle Handlungen nicht gänzlich außer Acht gelassen werden, da sie erstens durchaus einen – wenn auch minimalen – kausalen Beitrag leisten können, beispielsweise durch verändertes Konsumverhalten. Zweitens kann das Prinzip der *complicity* – also die „Komplizenschaft“ in einem

nicht-kausalen, aber symbolischen oder expressiven Sinn – das Meinungsklima beeinflussen, von dem seinerseits Wirkungen z.B. auf die Klimapolitik ausgehen.

Claudia Gärtner kritisiert in ihrem Beitrag, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung an deutschen Schulen größtenteils im naturwissenschaftlichen Unterricht behandelt wird, was dazu führt, dass die gesellschaftlichen Ursachen für sozial-ökologische Krisen weniger gründlich untersucht werden. Die vermittelten Fähigkeiten zielen oft auf naturwissenschaftlich-technologische Lösungsansätze und individuelle Verhaltensänderungen ab, anstatt auf gesellschaftlich-politische Transformationen. Gärtner diskutiert in ihrem Beitrag daher, wie eine normative oder politisch ausgerichtete (religiöse) Bildung an Schulen gestaltet werden kann, ohne gegen die Prinzipien des Überwältigungsverbots, des Kontroversitätsgebots und der Schüler*innenorientierung zu verstoßen. Angesichts der weltanschaulichen Ausrichtung des Religionsunterrichts plädiert sie für eine explizit politisch ausgerichtete religiöse BNE.

Markus Bohlmann liefert in seinem Beitrag einen unterrichtspraktischen Vorschlag für die Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungen in Bezug auf die Kosten von Klimaschäden. Die Frage nach der Verteilung dieser Kosten ist ein Problem der Klimagerechtigkeit, das im Unterricht plastisch gemacht werden kann. Am Beispiel des Inselstaats *Tuvalu*, der unmittelbar von den Folgen des Klimawandels betroffen ist, entwickelt Bohlmann ein Planspiel für den gymnasialen Philosophieunterricht der Sekundarstufe II, welches die divergierenden Positionen unterschiedlicher politischer Akteur*innen zum Leben erweckt und das Problem der gerechten Verteilung von Klimaschäden für Schülerinnen und Schüler erlebbar macht.

Dominik Balg und Jonas Zorn skizzieren in ihrem Beitrag ein Unterrichtsvorhaben für den Philosophieunterricht der gymnasialen Oberstufe, welches sich mit Blick auf das Nicht-Identitätsproblem, das eine der zentralen Herausforderungen für die Formulierung des Klimawandels als Problem intergenerationaler Gerechtigkeit darstellt, jenen Fragen widmet, die Schülerinnen und Schüler besonders bewegen: Inwiefern ist der Klimawandel schlecht? Wieso müssen wir etwas gegen den Klimawandel tun? Wer genau trägt dafür die Verantwortung? Zur Beantwortung dieser Fragen entwickeln Balg und Zorn u.a. ein Gedankenexperiment und ein Gruppenpuzzle.

Meike Neuhaus widmet sich in ihrem Beitrag aus philosophiedidaktischer Perspektive dem Problem des *Attitude-Behavior-Gaps*, welcher die Lücke zwischen (nachhaltigen) Einstellungen und (klimaschädlichem) Verhalten von Individuen beschreibt. Obwohl vielen Menschen die Bekämpfung des Klimawandels wichtig ist, handeln sie häufig nicht dementsprechend. Anhand eines Brettspiels, das bereits mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I gespielt werden

kann, soll zunächst die individuelle Lücke zwischen Einstellung und Verhalten ermittelt und veranschaulicht werden. Danach werden die vielfältigen Gründe für den Attitude-Behavior-Gap offengelegt und schließlich Möglichkeiten für die Verkleinerung der individuellen Einstellungs-Verhaltens-Lücke erkundet.

Thomas Kratzert und Claudia Salmen präsentieren in ihrem Beitrag ein ganzheitliches Konzept zum Umgang mit Klimaverantwortung, welches am Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung in Dortmund erfolgreich praktiziert und weiterentwickelt wird. Der Whole-Institution-Approach umfasst nicht nur Lehrinhalte, sondern auch die Gestaltung des Gebäudes und der Außenanlagen, die Verwaltung und sämtliche anderen Bereiche des Zusammenarbeitens, wie beispielsweise die Cafeteria oder den Umgang mit Verbrauchsmaterialien. Der Beitrag dient als Best-Practice-Beispiel und soll anhand vieler hilfreicher Bausteine und Tipps zur Nachahmung und Implementierung eines ganzheitlichen Ansatzes in anderen Institutionen animieren.

Vanessa Henke, Magdalena Buddeberg und Julia Lemke werfen aus bildungswissenschaftlicher Perspektive einen Blick auf die Herausforderungen von BNE. Die in der Praxis vielfach zu beobachtende Umsetzung von BNE in Schulen weist darauf hin, dass BNE häufig als Vermittlung von scheinbar feststehenden Werten und Handlungsanweisungen verstanden wird, was Fragen der Normativität, der Instrumentalisierung und Verantwortungsverschiebung aufwirft. Henke, Buddeberg und Lemke plädieren daher für eine *emanzipatorische BNE* (BNE 2), die kritisches Denken fördert und einen Transfer zu gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten ermöglicht. Dies erfordert ein Umdenken der didaktischen Settings, insbesondere in der Lehrkräfteausbildung, um angehende Lehrer*innen zu befähigen, BNE im Sinne von BNE 2 umzusetzen.

Stephanie Spanu, Lena Tacke und Vanessa Henke beschäftigen sich mit den aktuellen Diskursen um soziale (Un-)Gleichheit und diskutieren diese im Zusammenhang mit der Idee der Klimaverantwortung. Vor dem Hintergrund einer heterogenen Schüler*innenschaft ist es besonders wichtig, dass Lehrkräfte unterschiedliche Perspektiven auf das Thema einnehmen und die Pluralität von Deutungen – auch Widerspruch und Verweigerung – anerkennen. Für die Transformation einer Schulkultur eignet sich ein Whole-Institution-Approach, der auf Partizipation, Transparenz, Achtsamkeit und die individuellen Potentiale von Schülerinnen und Schülern ausgerichtet ist. Als Teil solch eines ganzheitlichen Konzepts entwickeln Spanu, Tacke und Henke das Projekt *BNE^{Room}*, in dem

zur Reflexion der unmittelbaren Verwobenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem angeregt werden soll.

Oktober 2023

Meike Neuhaus

Inhaltsverzeichnis

Umwelt- und Klimaethik. Herausforderungen und Perspektiven im Spannungsfeld wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Interessenskonflikte	1
Saša Josifović	
Zukunftsverantwortung und Klimaethik	15
Dieter Birnbacher	
Klimaverantwortung lernen? (K)ein Konsens bei (religiöser) Bildung für nachhaltige Entwicklung	37
Claudia Gärtner	
Planspiel Tuvalu. Das Verteilungsproblem der Kosten von Klimaschäden im Unterricht erleben	55
Markus Bohlmann	
Verantwortung für wen eigentlich? Eine Unterrichtsskizze zu Nicht-Identitätsproblem und Klimaethik	69
Dominik Balg und Jonas Zorn	
Ich will ja, aber... – Das Problem des „Attitude-Behavior-Gaps“. Ein Brettspiel für den Unterricht	95
Meike Neuhaus	
Der „Whole Institution Approach“. Eine ganzheitliche Betrachtung der Übernahme von Klimaverantwortung in der Lehrkräfteausbildung	121
Thomas Kratzert und Claudia Salmen	

Herausforderungen bei der Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Möglichkeiten der Begegnung im Rahmen der Lehrer*innenbildung	149
Vanessa Henke, Magdalena Buddeberg und Julia Lemke	
Ist die Zukunft „gerecht“? Die Berücksichtigung von sozialer Ungleichheit und (Un-)Gerechtigkeit als Prämisse für Klimaverantwortung in der Lehrer*innenbildung	171
Stephanie Spanu, Lena Tacke und Vanessa Henke	

Herausgeber- und Autorenverzeichnis

Über den Herausgeber

Dr. Meike Neuhaus Studium der Philosophie, Germanistik und Bildungswissenschaften in Heidelberg, Köln, Düsseldorf und Leipzig (B.A., M.Ed., 1. Staatsexamen); 2013-2015 Vorbereitungsdienst in Dortmund (2. Staatsexamen); 2015-2023 Lehrerin; 2019–2023 Fachleiterin für Praktische Philosophie am ZfsL Dortmund; 2023 Promotion; 2015-2023 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Philosophie und Politikwissenschaft der Technischen Universität Dortmund, dort seit 2023 Studienrätin im Hochschuldienst.

Autorenverzeichnis

Jun.-Prof. Dr. Dominik Balg Philosophisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz, Deutschland

Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Birnbacher Düsseldorf, Deutschland

Dr. Markus Bohlmann Philosophisches Seminar, Universität Münster, Münster, Deutschland

Dr. Magdalena Buddeberg Institut für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik, Technische Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

Prof. Dr. Claudia Gärtner Institut für Katholische Theologie, Technische Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

Dr. Vanessa Henke Institut für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik,
Technische Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

PD Dr. Saša Josifović Philosophisches Seminar, Universität zu Köln, Köln,
Deutschland

Dr. Thomas Kratzert Zentrum für Schulpraktische Lehrerbildung,
Dortmund, Deutschland

Julia Lemke Institut für Allgemeine Didaktik und Schulpädagogik, Technische
Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

Dr. Meike Neuhaus Institut für Philosophie und Politikwissenschaft,
Technische Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

Claudia Salmen Zentrum für Schulpraktische Lehrerbildung, Dortmund,
Deutschland

Dr. Stephanie Spanu Institut für Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und
Pädagogik der frühen Kindheit, Technische Universität Dortmund, Dortmund,
Deutschland

Dr. Lena Tacke Institut für Katholische Theologie, Technische Universität
Dortmund, Dortmund, Deutschland

Jonas Zorn Institut für Philosophie und Politikwissenschaft, Technische
Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland



Umwelt- und Klimaethik

Herausforderungen und Perspektiven im Spannungsfeld wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Interessenskonflikte

Saša Josifović

1 Ideengeschichtliche Skizze

Die Umweltethik stellt eine relativ junge akademische Disziplin dar, die sich erst in den 1970er Jahren etabliert hat und seither immer relevanter geworden ist. Anders als die Naturphilosophie, die besonders im 19. Jh. (vgl. Hölderlin, Schelling, Hegel etc.) eine Blütezeit erlebt, rückt die ethische Beziehung zwischen den Menschen und ihrer natürlichen Umwelt erst im späten 20. Jahrhundert aufgrund des entstehenden öffentlichen Bewusstseins für die Gefahren einer sich abzeichnenden Umweltkrise in den Fokus akademischer Debatten. Diese Krise wird zunächst durch Werke wie Rachel Carsons *Silent Spring* (1963) angesprochen, die vor den Gefahren von Pestiziden sowohl für die Umwelt als auch für die öffentliche Gesundheit warnt. Studien ergeben und bestätigen die Sorge, dass die Intensivierung der Landwirtschaft und der Einsatz von Pestiziden zu einem Rückgang der Insektenpopulationen und einem kaskadierenden Aussterben von Arten weltweit beiträgt, woraufhin das Artensterben zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten wird. Schließlich bringt Ehrlich in *The Population Bomb* (1968) das Problem der wachsenden Erdbevölkerung als einen weiteren, bedeutenden Aspekt ein. Als wirkungsmächtig erweist sich auch die MIT-Studie *The Limits of Growth* (1972), die zu einem grundlegenden Umdenken im Umgang mit der Natur auffordert. Die Studie fasst die aufkommenden Bedenken der vorangegangenen Jahrzehnte und das Gefühl der Verwundbarkeit zusammen, welches durch

S. Josifović (✉)

Philosophisches Seminar, Universität zu Köln, Köln, Deutschland

E-Mail: sasa.josifovic@uni-koeln.de

die Sicht auf die Erde aus dem Weltraum ausgelöst wird. In ihrem Kommentar zur Studie schreiben die Autorinnen und Autoren, dass jeder bewusste Versuch, einen rationalen und dauerhaften Zustand des Gleichgewichts durch geplante Maßnahmen zu erreichen, anstatt durch Zufall oder Katastrophe, letztendlich auf einer grundlegenden Änderung von Werten und Zielen auf individueller, nationaler und weltweiter Ebene beruhen muss (Meadows et al. 1972, S. 195).

In der sich entwickelnden Debatte gewinnen auch frühere Texte an Bedeutung, darunter Aldo Leopolds Konzept einer „Landethik“, das erstmals in *A Sand County Almanac* (1949) vorgestellt wird. Leopold argumentiert darin, dass der Mensch eine moralische Verpflichtung habe, sich um das Land und darauf lebende Wesen zu kümmern, und dass die Gesundheit des Landes und seiner Ökosysteme für das Wohlergehen zukünftiger Generationen von entscheidender Bedeutung sei. Richard Routley (1980, S. 96–189) kritisiert in Bezugnahme auf Leopolds Idee einer „Landethik“ den Anthropozentrismus und argumentiert, dass natürliche Dinge unabhängig von ihrer Nützlichkeit für den Menschen einen intrinsischen Wert besitzen. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Anthropozentrismus entwickelt Routley das Gedankenexperiment der letzten Person. Darin wird eine hypothetische Situation konstruiert, in der eine Katastrophe alle Menschen auf der Erde ausgelöscht hat und nur eine einzige Person übriggeblieben ist. Diese Person steht vor der Entscheidung, ob sie einen Knopf drücken soll, der den Rest des Lebens auf der Erde zerstören würde, einschließlich aller Pflanzen, Tiere und Ökosysteme. Routley stellt die Frage, ob dies moralisch vertretbar wäre, und fordert somit den Anthropozentrismus heraus, der nach seinem Dafürhalten aufgrund der Beziehung aller Wertigkeit der Natur auf den Menschen nicht erklären kann, warum eine solche Vernichtung moralisch unvertretbar sei. Wenn nämlich moralische Verpflichtungen ausschließlich aus menschlichen Interessen abgeleitet werden, verlieren sie ihre Gültigkeit, sobald die Menschen und ihre Interessen nicht mehr existieren. Mithin hat die natürliche Welt keinen Wert, wenn sie den menschlichen Interessen nicht dienen kann (weil es keine Menschen mehr gibt), und es ist nichts daran auszusetzen, wenn sie mit der Vernichtung des letzten Menschen ebenfalls vernichtet wird. Da dies intuitiv als falsch erlebt wird, fordert es uns heraus, argumentativ Alternativen zum Anthropozentrismus zu entwickeln. Auch Holmes Rolston III (1975) spricht sich gegen den Anthropozentrismus aus, indem er argumentiert, dass die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Schutz gefährdeter Arten als moralische Verpflichtung angesehen werden müssen, und dass diese Arten einen eigenständigen Wert besitzen.

Eine Schlüsselfigur in der Entwicklung der Umweltethik stellt schließlich der Rechtswissenschaftler Christopher Stone (1972) dar, der vorschlägt, dass Bäume und andere Naturgegenstände das gleiche Recht erhalten sollten wie (andere)

juristische Personen. Er argumentiert, dass natürliche Objekte einen inhärenten Wert haben und dass das Rechtssystem diesen Wert anerkennen und diesen Objekten Rechtsschutz bieten sollte. Stones Ansatz hat dazu beigetragen, den Grundstein für einen umfassenderen Rechtsrahmen für den Umweltschutz zu legen.

2 Systematische Skizze

Die nunmehr etablierte Umweltethik stellt also eine akademische Disziplin dar, die sich mit den moralischen Aspekten unserer Beziehung zur menschlichen und nicht-menschlichen Umwelt befasst. Im Kern erörtert sie den Wert bzw. die Bedeutung, die wir der natürlichen Umwelt zuschreiben. Dabei wird grundsätzlich zwischen instrumentellen und intrinsischen Ansätzen unterschieden. Als instrumentell wird ein Wert bezeichnet, den eine Entität besitzt, die als Mittel für andere Zwecke dient. Zum Beispiel kann eine Pflanze als Nahrungsmittel oder ein Fluss als Wasserstraße für den Transport von Handelswaren angesehen werden. In solchen Fällen werden natürliche Ressourcen im Hinblick auf ihre Nützlichkeit bzw. Verwendung bei der Erreichung menschlicher Ziele wie Wirtschaftswachstum oder menschliches Wohlergehen in Betracht gezogen. Als intrinsisch wird dagegen ein Wert bezeichnet, den eine Entität an sich hat, und zwar unabhängig von allen Erwägungen, die menschliche Zweck-Mittel-Relationen betreffen. Eine Entität mit intrinsischem Wert wird bereits deshalb geschätzt, weil sie existiert und einen inhärenten Wert besitzt. Demnach besitzt ein Fluss einen eigenen Wert als für sich bestehender Lebensraum, und zwar ganz unabhängig davon, ob Menschen irgendeine Verwendung für ihn haben oder überhaupt existieren. Viele Umweltethiker vertreten den Standpunkt, dass die natürliche Umwelt und ihre Bestandteile, wie Arten und Ökosysteme, einen inhärenten Wert besitzen und aus diesem Grund geschützt und erhalten werden müssen.

Die Ideengeschichte der abendländischen Umweltethik wird allerdings zunächst von anthropozentrischen Ansätzen dominiert. Demnach wird entweder lediglich den Menschen ein intrinsischer Wert zugewiesen, oder aber den Menschen wird ein deutlich größerer intrinsischer Wert als der natürlichen Umwelt zugewiesen, wodurch eine besondere Stellung des Menschen in der Natur argumentativ entwickelt wird. Im Rahmen der neueren historischen Entwicklung der Umweltethik wird der Anthropozentrismus, wie bereits erwähnt, vielfach herausgefordert, indem in Betracht gezogen wird, der natürlichen Umwelt und ihren nichtmenschlichen Komponenten ebenfalls einen inneren bzw. intrinsischen Wert zuzuschreiben. In diesem Duktus hat sich der sogenannte aufgeklärte

Anthropozentrismus entwickelt, aus dessen Perspektive argumentiert wird, dass moralische Pflichten gegenüber der Umwelt durchaus bestehen, diese aber von Pflichten gegenüber Menschen abgeleitet werden können. Mit anderen Worten, wir haben eine moralische Verpflichtung, die Umwelt zu schützen, weil sie für das menschliche Wohlergehen notwendig ist. Diese Perspektive erkennt die gegenseitige Abhängigkeit von Menschen und der natürlichen Umwelt an und betont ebenfalls, dass eine lebendige, funktionierende Umwelt für das Überleben und das Gedeihen der Menschen bedeutsam ist. Der schwache Anthropozentrismus argumentiert ähnlich. Sein prominentester Vertreter, Bryan Norton, vertritt überdies die Konvergenz-Hypothese, der zufolge anthropozentrische und non-anthropozentrische Ansätze in praktischer Hinsicht übereinstimmen, also letztendlich identische Maßnahmen empfehlen und rechtfertigen.

Einen radikaleren Ansatz stellt der sogenannte Biozentrismus dar. Er spricht allen Lebewesen, nicht nur den Menschen, einen inneren Wert zu. Daraus ergibt sich eine moralische Verpflichtung für Menschen, die natürliche Umwelt zu schützen und zu erhalten, und zwar nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil, sondern zum Wohle aller Lebensformen, die sie bewohnen. Der Biozentrismus stellt einen grundlegenden Wandel in unserer Beziehung zur natürlichen Umwelt dar, da er uns herausfordert, uns als Teil einer größeren Gemeinschaft des Lebens und nicht als eine herrschende Spezies anzusehen, die andere Lebewesen und Entitäten der Natur als Ressourcen betrachtet.

Allerdings ist im Zusammenhang mit der Erörterung des intrinsischen Werts der Natur auch die Frage aufgeworfen worden, welche Arten von Entitäten in der natürlichen Welt eigentlich moralische Signifikanz besitzen. Die beiden diesbezüglich konkurrierenden Positionen sind der Individualismus und der Holismus. Der Individualismus argumentiert, dass einzelne Organismen, seien es Personen, Tiere oder Pflanzen, an sich wertvoll sind und der Wert der Gattungen, zu denen sie gehören, aus dem Wert der Individuen abgeleitet wird. Dagegen argumentiert der Holismus, dass der intrinsische Wert den größeren Entitäten, die diese Individuen umfassen, wie Arten, Ökosystemen oder der Biosphäre, zugeschrieben werden muss und bemisst den Wert des Individuums anhand des Beitrags, den es zur größeren Entität leistet. Besonders im Zusammenhang mit der Debatte um Tierrechte hat der entsprechende Konflikt auch sehr kontroverse und polemische Formen angenommen.

Unabhängig von der gewählten Perspektive, ob das Thema letztendlich aus anthropozentrischer oder biozentrischer Perspektive betrachtet wird, gleichgültig, ob individualistisch oder holistisch, unterstreicht die Umweltethik die Bedeutung unserer Beziehung zur natürlichen Umwelt und fordert uns heraus, über unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber der Natur nachzudenken und auf

eine nachhaltigere und gerechtere Beziehung zwischen Mensch und Umwelt hinzuarbeiten.

3 Klimaethik

Einen besonders aktuellen Gegenstandsbereich der Umweltethik stellt der Klimawandel dar. In diesem Zusammenhang wird besonders die Frage erörtert, ob und in welchem Umfang die Erderwärmung von Menschen verursacht oder begünstigt wird und welche ethischen Konsequenzen sich unter jeweils spezifischen Voraussetzungen ergeben. Die interdisziplinäre Debatte über die Ursachen, Gefahren und Umgangsperspektiven mit dem Klimawandel stellt eine der bedeutendsten akademischen Herausforderungen unserer Zeit dar und betrifft im Kern die Sorge um den Erhalt einer Welt, in der sowohl gegenwärtige als auch zukünftige Generationen leben können – idealerweise nicht nur gegenwärtige und zukünftige Generationen von Menschen, sondern auch entsprechende Generationen anderer Lebewesen. Eine wichtige ethische Orientierung bietet dabei der Grundsatz der Nachhaltigkeit. Er besagt, dass wir die natürlichen Ressourcen nur in dem Maße nutzen sollten, dass es uns ermöglicht wird, die Bedürfnisse der heutigen Generationen zu befriedigen, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu gefährden. In diesem Sinne sollten wir uns bemühen, eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zu entwickeln, die auf erneuerbaren Ressourcen basiert und die Umwelt so wenig wie möglich belastet.

Eine weitere ethische Grundlage für den Klimaschutz stellt der Grundsatz der Gerechtigkeit dar. Dieser Grundsatz besagt, dass alle Menschen ein gleiches Recht auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben und dass die Lasten der Klimawende gerecht verteilt werden sollten. Die Frage der Gerechtigkeit ist besonders im Hinblick auf die vom Klimawandel betroffenen Regionen und Bevölkerungsgruppen von Bedeutung. Die Auswirkungen werden voraussichtlich nicht gleichmäßig über die Weltbevölkerung verteilt sein, sondern einige Regionen und Bevölkerungsgruppen stärker betreffen als andere. Dabei sind die am stärksten betroffenen Länder oft diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und auch über die geringsten Ressourcen zur Anpassung verfügen. Somit stellt die Klimagerechtigkeit ein wichtiges Thema in der Debatte dar. Angestrebt wird ein Zustand, in dem sowohl die Folgen des Klimawandels als auch die Anstrengungen zu seiner Bekämpfung gleichmäßig verteilt und von allen Menschen solidarisch getragen werden, sodass sowohl in synchroner als auch in

diachroner Hinsicht von Fairness gesprochen werden kann; dass also Anstrengungen und Folgen sowohl unter den aktuell lebenden Menschen als auch zwischen den lebenden und nachfolgenden Generationen gerecht und fair verteilt werden.

In der Diskussion um Klimagerechtigkeit haben sich grundsätzlich zwei divergierende Ansätze etabliert: Der Isolationismus und der Integrationismus. Anhänger des Isolationismus schlagen eine auf Treibhausgase fokussierte Zuteilung von Emissionsrechten vor, welche von anderen Sachverhalten abgekoppelt wird. Ihre Argumentation basiert darauf, dass diese Vorgehensweise einerseits zur Vereinfachung der Fragestellung durch Ausklammerung weiterer Aspekte beiträgt und andererseits Blockaden in Verhandlungen vermeidet, die durch die Debatte um Klimagerechtigkeit im Kontext anderer politischer, gesellschaftlicher oder ökonomischer Themenkomplexe entstehen können (vgl. Blomfield 2019).

Dagegen plädieren Integrationisten dafür, den Klimawandel nach allgemeinen Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit in umfassenderen Kontexten zu betrachten. Dabei betonen sie, dass der Klimawandel ursächlich mit einer Vielzahl anderer Sachverhalte, wie beispielsweise Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung, Migration, Gesundheit, Handel, Eigentum an natürlichen Ressourcen und kulturellen Rechten, verbunden sei, weshalb es irreführend wäre, ihn isoliert zu behandeln. Vielmehr sei der Klimawandel Teil umfassender, komplexer Prozesse. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels haben überdies Auswirkungen auf diverse andere Bereiche, wie beispielsweise Landnutzung, Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheit, Armutsbekämpfung, Verlust der biologischen Vielfalt, individuelle Freiheit und ähnliches, weswegen sie auch in entsprechenden Zusammenhängen erörtert werden müssen (vgl. Caney).

Dabei spielt über die Frage der Gerechtigkeit hinaus auch der Aspekt der Verantwortung eine wichtige Rolle: Wer trägt die Verantwortung für den Klimawandel? Ist es die Verantwortung der Industrieländer, die den größten Beitrag zur Emission von Treibhausgasen geleistet haben, oder sollten auch die Schwellen- und Entwicklungsländer zur Verantwortung gezogen werden? Diese Fragen sind umstritten und werden in der internationalen Klimadebatte kontrovers diskutiert. Es ist anerkannt, dass einige Länder, insbesondere die Industrieländer, historisch gesehen eine viel größere Rolle bei der Verursachung des Klimawandels gespielt haben als andere Länder.

Auf der Theorieebene konkurrieren hierbei drei Ansätze miteinander, nämlich das Verursacherprinzip, das Nutznießerprinzip und das Leistungsfähigkeitsprinzip.

Im Rahmen des sogenannten Verursacherprinzips wird argumentiert, dass den Emittenten eine besondere Verantwortung zukommt, um den Klimawandel zu